



Liebe Leserinnen und Leser, liebe Genossinnen und Genossen,

es ist nicht erst fünf vor, sondern bereits fünf nach zwölf. Aber selbst jetzt, wo das Kind im Brunnen liegt und die internationalen Finanzmärkte Kopf stehen, sieht die von Neoliberalen dominierte EU-Kommission keinen Handlungsbedarf bei der Regulierung von Hedge Fonds und Private Equity. Damit soll nach dem Willen des Europäischen Parlaments nun Schluss sein. Auch für Hedge Fonds und Private Equity aber auch für Ratingagenturen muss es klare Regeln geben. Schließlich tragen sie eine große Mitschuld an der Krise. Die Ratingagenturen etwa bewerten Finanzprodukte, die sie selbst entwickelt haben. Von Unabhängigkeit keine Spur. Gleichzeitig treiben Hedge Fonds und Private Equity gesunde Finanzinstitute und Unternehmen in den Bankrott. Sie wetten auf sinkende Kurse und sorgen dann durch Gerüchte und Transaktionen dafür, dass die Kurse auch tatsächlich fallen. Die Sozialdemokratische Fraktion (SPE) fordert deshalb schon seit langem klare Bestimmungen. Die EU-Kommission stellt sich jedoch taub und läuft der Entwicklung hinterher. Märkte können sich aber nicht selbst regulieren. Was muss eigentlich noch passieren, damit auch Binnenmarktkommissar McCreevy das versteht?

Mit besten Grüßen

Finanzmarkt endlich an die Kette legen

Das Europäische Parlament hat mit überwältigender Mehrheit einen Bericht des SPE-Vorsitzenden Poul Nyrup Rasmussen für eine strengere Regulierung der Finanzmärkte verabschiedet. Angesichts der aktuellen Krise gaben die konservative und liberale Fraktion ihre Blockadehaltung auf. Die EU-Kommission ist nun im Zugzwang. Bis Ende Dezember muss sie konkrete Vorschläge präsentieren.

Der Rasmussen Bericht enthält zentrale sozialdemokratische Forderungen. Etwa risikoabhängige Eigenkapitalanforderungen für alle Finanzmarktakteure; Regeln gegen Überschuldung und Zerschlagung von übernommenen Unternehmen; Konsultation von Beschäftigten bei Firmenübernahmen durch Hedge Fonds und Private Equity; aber auch bessere Informationen über Finanzmarktakteure für Aufsichtsbehörden sowie ausgewogenere Prämienpakete für Manager.

Das Verhalten der Finanzmarktakteure muss transparenter werden und zu Wachstum und Wohlstand beitragen. Es darf nicht sein, dass Gewinne in private Taschen fließen und die Steuerzahler bei Verlusten für das verantwortungslose Handeln einiger geldgieriger Finanzmarktakteure gerade stehen müssen.

Die Auswirkungen der Krise in Deutschland halten sich bislang noch im Rahmen, auch wenn die Konsequenzen für die Realwirtschaft immer deutlicher werden. Dies ist nicht zuletzt der Verdienst unseres gut funktionierenden Bankensystems mit öffentlichen, genossenschaftlichen und privaten Finanzinstituten. Ginge es nach dem Willen von Binnenmarktkommissar McCreevy, hätten wir schon längst ein System wie in den USA, mit den gleichen fatalen Folgen.

Glücksspiel nur mit Verantwortung

In vielen EU-Mitgliedstaaten gibt es ein staatliches Monopol bei Glücksspielen. Dies ist privaten Wettanbietern seit langem ein Dorn im Auge. Schließlich geht es hier um einen Milliardenmarkt und da möchten die auf Malta oder in Gibraltar ansässigen Gesellschaften gerne mitverdienen.

Unterstützung bekommen sie von EU-Binnenmarktkommissar McCreevy und einigen Europaabgeordneten der CDU/CSU, die das Monopol als Hindernis für die europäische Dienstleistungsfreiheit betrachten. Sollten sie sich durchsetzen, könnte dies schwerwiegende Folgen für die deutsche Sportförderung haben. Im Gegensatz zu privaten Anbietern fließt ein Großteil der Einnahmen der staatlichen Lottogesellschaften nämlich nicht in die Taschen anonymer Anteilseigner, sondern in Kunst- und Kulturprojekte sowie die Förderung des Breitensports. Die Jugendarbeit vieler Vereine wäre ohne diese Mittel kaum überlebensfähig. Die SPE-Fraktion teilt daher nicht die Ansicht der EU-Kommission und setzt auch weiterhin auf einen gewissenhaften und verantwortungsvollen Umgang mit Glücksspielen.

Fit für Europa?

Unter allen richtigen Antworten zu der folgenden Frage die uns per E-Mail **bis Ende der nächsten Woche** erreichen, verlosen wir eine Sport-Trinkflasche.

Frage: Welcher EU-Mitgliedstaat liegt geographisch nicht in Europa?

- a) Großbritannien b) Zypern c) Rumänien

Die Gewinnerin vom letzten Mal ist **Rosel Wolk** aus **Darmstadt**.

Europäisches Parlament
Rue Wiertz
B-1047 Brüssel
Tel: 0032 2 28 45342
Fax: 0032 2 28 49342

Europabüro
Fischerfeldstraße 7-11
D-60311 Frankfurt
Tel: 069 299888510
Fax: 069 299888511

www.udobullmann.de
udo.bullmann@spd.de